

Von Daphne Gross Daphne.Gross@bmz.bund.de

An hwbham@googlemail.com

Datum 6. Juni 2011 16:20

Betreff Antw: Wtrlt: Anfrage an Frau Ministerin Ilse Aigner

Gesendet von bmz.bund.de

Sehr geehrter Herr Bartels,

vielen Dank für Ihre Email an Herrn Bundesminister Niebel, in der Sie unter anderem die Wechselwirkungen zwischen Agrarsubventionen und Entwicklung ansprechen. Der Minister hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

In der Tat ist der Export billigen Geflügelfleischs, oder auch durch Subventionen verbilligter Milchprodukte, entwicklungspolitisch von großer Bedeutung, da hierdurch Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung und zur Armutsreduzierung ausgehebelt werden können. Ihre Analyse, die Industrienationen dürften nicht mit der einen Hand abreißen, was mit der anderen aufgebaut wurde, ist zutreffend.

Entwicklungsländer müssen auf dem Weltmarkt faire Chancen erhalten. Dies ist nur möglich, wenn die Industrieländer ihre Agrarexportsubventionen und andere handelsverzerrende Fördermaßnahmen abbauen. Auf der anderen Seite müssen Handelshemmnisse für den Import von Waren aus Entwicklungsländern beseitigt werden. In diesem Bereich zeigt sich also ganz deutlich die Notwendigkeit, Kohärenz zwischen Handels-, Agrar- und Entwicklungspolitik herzustellen.

Die Entwicklung des ländlichen Raumes ist in dieser Legislaturperiode ein Schwerpunktthema deutscher Entwicklungspolitik. Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ und dem Gesichtspunkt der Ernährungssouveränität setzt sich die Bundesregierung für ein nachhaltiges internationales Engagement zur Stärkung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Entwicklungsländern ein.

In diesem Zusammenhang befasst sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) natürlich auch mit Fragen der europäischen Agrarpolitik. Im Juni 2010 sprachen sich Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel und die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner noch für die Abschaffung aller Formen der EU-Agrarexportsubventionen im Rahmen des Abschlusses der Doha-Welthandelsrunde aus. Die Bundesregierung setzte sich zudem für einen schnellen und entwicklungsorientierten Abschluss dieser Verhandlungen ein. Denn die Regeln des globalisierten Handels können sinnvoll nur auf internationaler Ebene vereinbart und verändert werden.

Es wird Sie interessieren, dass der Bundesminister nunmehr sogar das Ende der Agrarsubventionen unabhängig vom Abschluss der Doha-Runde bis 2013 fordert. Der Minister stellte im Rahmen einer Pressemitteilung vom 17.04.2011 klar: „Angesichts der gestiegenen Nahrungsmittelpreise, die jeden tag viele Menschenleben kosten, brauchen wir ein entschlossenes, zügiges Handeln. Europa muss daher mit gutem Beispiel vorangehen und die Agrarexportsubventionen bis 2013 beenden. Ich fordere einen freien Welthandel für Agrarprodukte“

(s.u. http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2011/april/20110417_pm_58_doha/index.html).

Die Bundesregierung setzt sich verstärkt für eine Abschaffung der Subventionen zu einem schnellstmöglichen Zeitpunkt ein.

Auf nationaler Ebene fördert das BMZ darüber hinaus z.B. den fairen Handel. Als umfassendes Konzept bietet dieser den Kleinbauern nicht nur die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sondern er trägt auch zum Umwelt- und Ressourcenschutz bei. Außerdem gibt er dem deutschen Verbraucher die Möglichkeit, durch seine Kaufentscheidung aktiv zur Verbesserung der Lebensbedingungen in unseren Partnerländern beizutragen.

Die deutsche Entwicklungspolitik begegnet der von Ihnen aufgeworfenen Fragestellung auf drei Ebenen: international durch Einflussnahme auf entsprechende politische Prozesse, in den Partnerländern durch Stärkung der ländlichen Entwicklung, aber z.B. auch durch Beratung in Fragen der Wirtschafts- und Handelsgesetzgebung, und in den Partnerländern und Deutschland gemeinsam durch die Förderung des fairen Handels.

Ich hoffe, Ihnen hilfreich gewesen zu sein und Ihre Frage zufriedenstellend beantwortet zu haben,

mit freundlichem Gruß
im Auftrag

Daphne Gross-Jansen

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit
Stresemannstr. 94
10963 Berlin
Tel. + 49 (0) 30 18 535 2941
Fax + 49 (0) 30 18 10 535 2941